

Gegen Abzocker im Regierungsrat

Die Junge SVP hat es geschafft: Das erste eigene Volksbegehren ist zu Stande gekommen. Jetzt kommt Lust auf, das Druckmittel vermehrt einzusetzen.

Zürich. - 6666 Unterschriften hat die Junge SVP im Kanton Zürich nach eigenen Angaben gesammelt, um einem «Missstand» den Garaus zu machen: dass Regierungsräte für ihre Altersversorgung Steuermillionen erhalten. Die Jungpolitiker haben die von der neuen Verfassung von 10 000 auf 6000 Unterschriften gesenkte Hürde locker genommen. Und zwar, wie JSVP-Präsident Roger Hängärtner gestern stolz vermerkte, «ohne fremde Hilfe, ohne Unterstützung der Mutterpartei». Innerhalb von zweieinhalb Jahren muss jetzt laut Verfassung das Volk über den Vorstoss abstimmen. Der Sammelerfolg macht Hunger auf mehr: JSVP-Kantonsrat Claudio Schmid spielte gestern mit der Idee, auch gegen die Strafmediation mit einem Volksreferendum zu kämpfen.

Konkret geht es vorerst aber um die Beträge, die neu eintretende Regierungsglieder erhalten, damit ihr Gehalt von rund 315 000 Franken jährlich altersversichert ist. Je nach vorangegangenem Verdienst und Alter sind die Beträge verschieden, können aber bis zu 2 Millionen Franken betragen - total laut Regierungsrat gegen 10 Millionen seit 1991. Die Regierungsräte sind damit weit besser gestellt als kantonale Angestellte. Diese können nicht auf den Zustupf zählen. Die Initiative der Jungpolitiker verlangt nun, dass die Regierungsräte den Beamten in dieser Hinsicht gleichgestellt werden.

Strafverfahren eingestellt

Das Begehren dürfte Chancen haben. Das ist daran abzulesen, dass die Grünen einen ähnlichen Vorstoss beim Kantonsrat deponiert haben. Und in der Stadt Zürich kämpfen die Alternativen gegen «goldene Fallschirme» für die neun Stadträte. Die JSVP ist zudem überzeugt, dass beim Unterschriftensammeln alles mit rechten Dingen zugeht. Anders als bei der FDP-Initiative gegen die Verbandsbeschwerde. Dafür hatte die JSVP im Knonauer Amt Unterschriften abgeliefert, die von Grabsteinen abgeschrieben waren. Das entsprechende Strafverfahren wurde vor einigen Wochen sistiert, wie der zuständige Staatsanwalt Georges Fäh gestern erklärte. Die Täter konnten nicht ausfindig gemacht werden. Sie müssen nicht unbedingt in der JSVP zu suchen sein, weil jedermann der Jungpartei Unterschriftenbögen einreichen konnte. (ese)